

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Kopftuchurteil Leyla Şahin**
- **Unruhen in Şemdinli**
- **Neue Kanzlerin: „Keine Panik“ in der Türkei**
- **Info-Mail**

Kopftuchurteil Leyla Şahin

Leyla Şahin hatte gegen den türkischen Staat, der ihr das Tragen eines Kopftuchs an der Universität nicht erlaubte, vor dem Menschenrechtsgerichtshof geklagt. Die laizistische Türkei verbietet Frauen und Mädchen, die ein Kopftuch tragen, den Besuch von Schulen und Universitäten. Ausgenommen davon sind Predigerschulen, wo Mädchen in eigenen Klassen unterrichtet werden. Für Beamtinnen ist das Kopftuch sowieso verboten. Die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte kam zum gleichen Ergebnis wie die 1. Kammer vor einem halben Jahr: Die Klage wurde abgewiesen.

Die Diskussion um das Kopftuch ist in der Türkei latent präsent. Diesmal aber intervenierte auch Ministerpräsident Tayyip Erdoğan und erklärte, dass das Straßburger Gericht die Ulema (Islamische Geistlichkeit) hätte dazu befragen müssen. Diese Aussage verlieh der Kopftuchdiskussion zusätzlichen Sprengstoff, denn der Ministerpräsident lieferte der Opposition damit eine argumentative Steilvorlage. Diese verwies sofort wieder auf eine mögliche „geheime Agenda“ des Ministerpräsidenten: Er wolle die weltlichen Gesetze abschaffen und die Scharia einführen. Die Worte Erdoğan's wurden auch von europäischen politischen Beobachtern mit großen Bedenken kommentiert.

Einen Tag später relativierte Ministerpräsident Erdoğan seine Aussage jedoch umgehend. Sein Pressesprecher erklärte, dass der Ministerpräsident falsch verstanden worden sei, er habe keineswegs das Urteil kritisiert, sondern nur dessen Zustandekommen. Im Übrigen werde er sich zu diesem Thema nicht mehr äußern. Prof. Ali Bardakoğlu, der Präsident des Amtes für Religionsangelegenheiten (Diyanet İşleri Başkanlığı) hat sich unterdessen zu Wort gemeldet. Seine Behörde könne lediglich die religiöse Komponente des Kopftuchs abdecken – das hat sie im übrigen schon mit einer Fetwa aus dem Jahr 1981 getan, wo das Kopftuch als religiöse Vorschrift bezeichnet wird - die politische Umsetzung dessen bzw. ein Verbot des Kopftuchs lege aber in den Händen des Staates. Das Diyanet

habe solche Entscheidungen nicht zu kommentieren. Die Opposition gratulierte Bardakoğlu zu seiner Aussage als ein gutes Beispiel für das Verständnis des türkischen Laizismus.

Im Vergleich zu Deutschland ist die Kopftuchdiskussion in der Türkei ideologisch eingefärbt. Ziel der Regierung ist es, das Tragen des Kopftuchs für Schülerinnen in Schulen und Hochschulen nicht mehr zu verbieten. Ein solches Vorgehen könnte durchaus auch in der Türkei integrativ wirken. Der Vorsitzende von ANAVATAN Erkan Mumcu hat die AKP schon zu der Vorlage eines sprechenden Gesetzentwurfs aufgefordert. Seine Partei werde eine solche Initiative einstimmig unterstützen. Im Staatsdienst solle das Kopftuchverbot jedoch beibehalten werden. Dies wird mittlerweile auch von vielen Kritikern des Kopftuchverbots nicht mehr in Frage gestellt. Selbst Parlamentspräsident Bülent Arınç, der eher dem konservativen Flügel der AKP angehört, will an diesem Verbot nicht mehr rütteln.

Die Meinungen der türkischen Medien spiegeln die unterschiedlichen Standpunkte der politischen Kontrahenten wider. Es mehren sich die Stimmen aus allem politischen Lagern, die fordern, entweder in naher Zukunft das Problem zu lösen oder das Thema ad acta zu legen. Im Rahmen der anstehenden Reform des Hochschulrates YÖK ließe sich eine solche Gesetzesänderung zum Kopftuch durchsetzen. In zeitlichen Abständen das Thema immer wieder auf die nationale Tagesordnung zu setzen, schadet letztlich nur dem Ansehen des Landes.

Unruhen in Şemdinli

Die Stadt Şemdinli im Verwaltungsbezirk Yüksekova in der Provinz Hakkari liegt im Dreiländereck zwischen der Türkei, Iran und dem Irak. Schon immer war diese Gemeinde ein besonderer Ort. Hoch in den Bergen gelegen und im Winter oft nicht zu erreichen, war sie Ausgangspunkt von Unruhen und leicht erreichbare Operationsbasis der PKK-Terroristen, die sich von dort nach Anschlägen problemlos über die Berge in den angrenzenden Irak oder Iran zurückziehen konnten.

Die letzten Jahre des Waffenstillstandes und der Aufhebung des Ausnahmezustandes führten zwar zu einer leichten wirtschaftlichen Belebung in der Region, da jedoch alle Regierungen der vergangenen Jahre jedoch umfangreiche Entwicklungsprogramme vernachlässigten – entweder fehlte das Geld oder bestehende Programme wurden weder von der Bevölkerung noch von der Wirtschaft angenommen - nahmen die sozialen Konflikte zu.

Seit Mitte des Jahres kam es zu vermehrten terroristischen Aktivitäten in der Provinz Hakkari. In einem Bombenanschlag auf einen Buchladen in Şemdinli bei dem zwei Menschen getötet wurden sollen Vertreter einer staatlichen Antiterrorereinheit verwickelt sein. Dieser Angriff war dann der Auslöser für Unruhen, die von der PKK angeheizt wurden. Der Gouverneurssitz wurde angegriffen und Polizeiautos zerstört. Bei einer Demonstration in dem nahe gelegenen Yüksekova kamen dabei drei Menschen ums Leben. Anlässlich ihrer Beerdigung flogen Kampfflugzeuge über die Trauergäste hinweg. Die Ereignisse vom 9. November in Şemdinli lassen Erinnerungen an den Susurluk-Skandal wieder aufkommen. Im Jahre 1996 kam anlässlich eines Autounfalls die Verfilzung zwischen Vertretern des Staates, Mafia und der Politik an das Tageslicht. Damals wurde jedoch der Mantel des Schweigens über dieses Ereignis gehüllt.

Die Regierung hat die vollständige Aufklärung der Vorgänge angekündigt und ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss wurde eingesetzt. Eine Aufhellung liegt diesmal

auch im Interesse der Regierung. Nicht nur für sie ist es wichtig zu wissen, ob es sich bei dem Anschlag in Şemdinli um eine eigenmächtige Aktionen der Sicherheitskräfte handelte oder ob der „Tiefe Staat“ dabei seine Hände im Spiel hatte. Ministerpräsident Erdoğan besuchte den Ort des Geschehens und mittlerweile scheinen sich dort die Wogen geglättet zu haben.

In seiner Rede in Şemdinli versicherte der Ministerpräsident, dass er den Vorfall rückhaltlos aufklären werde. Ferner erklärte er, dass es in der Türkei eine „übergeordnete Identität“ aller Staatsbürger gebe, das Land also ein Mosaik vieler ethnischen „Unteridentitäten“ sei. Diese Erkenntnis des Ministerpräsidenten führte zu vehementen Protesten vieler Oppositioneller, die dadurch die Einheit des Landes wieder einmal in Gefahr sahen.

Für einige politische Beobachter sind viele der aktuellen Ereignisse die ersten Anzeichen eines Vorwahlkampfes. Immer häufiger wird nun darüber spekuliert, ob die Parlamentswahlen auf die zweite Jahreshälfte 2006 vorgezogen werden. Das neue Parlament würde dann im Jahre 2007 den türkischen Staatspräsidenten wählen. Eine für die Zukunft des Landes wohl richtungweisende Entscheidung.

Neue Kanzlerin: „Keine Panik“ in der Türkei

Die „gewendete“ Berichterstattung über die Parteivorsitzende der CDU hatte auch nach ihrer Wahl zur ersten deutschen Kanzlerin Bestand. So lautete eine Überschrift „Keine Panik in Ankara nach der Machtübernahme Merkels“ und ein politischer Kommentator zeichnete in der englischsprachigen Turkish Daily News ein besonders positives Bild der Kanzlerin mit dem Titel „Angie of the Turks“.

An der Fortsetzung der guten Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland wird auch nach der Machtübernahme der neuen deutsche Regierung nicht gezweifelt, so der Tenor der politischen Beobachter in der Hauptstadt Ankara. Über den Fortgang und das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wurde in den Medien sachlich berichtet und die Einigung über die „Türkeifrage“ als weitgehende Kontinuität der bisherigen deutschen Außenpolitik bezeichnet. In der Berichterstattung über die Gespräche der Kanzlerin mit dem türkischen Außenminister Gül und Ministerpräsidenten Erdoğan im November 2005 wurde die Tatsache herausgestellt, dass von der deutschen Seite keine Blockade des EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei zu erwarten sei („Pacta sunt servanda“). Klar gestellt wurde aber auch, dass mit dem Abgang von Schröder ein mächtiger Befürworter des EU-Beitritts der Türkei das politische Schachbrett verlassen habe.

Der „Regelmäßige Fortschrittsbericht der EU“ über die Beitrittsbemühungen der Türkei, der am 9. November 2005 vorgelegt wurde, und der vor einigen Tagen veröffentlichte Türkei-Bericht des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Elmar Brok, sind nach hiesigem Verständnis auch Ausdruck des „Ende des Honeymoons“ zwischen der Türkei und der EU. Beide Berichte warfen der Türkei ein Nachlassen der Reformbemühungen vor und kritisierten vor allem, dass es keine Fortschritte in den Bereichen Meinungsfreiheit, Frauen, Religions- und Gewerkschaftsrechte und Abschaffung von Folter gäbe. In der Zwischenzeit wurde in einzelnen Kapiteln des Acquis Communautaire mit dem „Screening“- Process d.h. dem Abgleich des europäischen und türkischen Rechtsstands begonnen.

Info-Mail

Die aktuelle Sitzverteilung in der Großen Türkischen Nationalversammlung zum 29. November 2005: AKP 357 Sitze, CHP 154 Sitze, ANAVATAN 22 Sitze, Unabhängige, DYP und SHP jeweils 4 Sitze und HYP 1 Sitz. Vier Mandate des 550-köpfigen Parlaments sind aufgrund von Todesfällen unbesetzt. +++ Prof. Orhan Aldıkaçtı war einer der wichtigsten Experten, die mit der Ausarbeitung der türkischen Verfassung nach dem letzten Militärputsch 1980 beauftragt waren. Er meldete sich mit seinen mittlerweile 81 Jahren in den türkischen Medien zu Wort und verurteilte die Verfassung aus jenen Jahren in einigen Punkten. Dem Hochschulrat YÖK hätte er einen Verfassungsrang gegeben und er habe später selbst durch YÖK Schaden erlitten. Die türkische Verfassung sei nicht mehr zeitgemäß und jeder einzelne Paragraph müsse novelliert werden. „Die Verfassung von 1982 erreichte bei der Volksbefragung eine Zustimmung von 91,5 Prozent, heute würde ein solches Ergebnis nicht mehr erreicht werden“. +++ GlobeScan veröffentlichte eine Umfrage über Patriotismus und Nationalismus in der Welt. Demnach würden allgemein patriotische und nationalistische Ansichten zunehmen und das Gefühl als globaler Weltbürger an Boden verlieren. Nur 31% der befragten Türken würden sich demnach mehr als Weltbürger denn als Türke fühlen. Dieser Wert war vor drei Jahren noch bei 33%. Noch patriotischer als die Türken waren nur noch die Südkoreaner (30%), Argentinier (27%), Russen (16%) und Polen (15%). Die befragten Deutschen fühlen sich zu 51% mehr als Weltbürger denn als Deutsche. +++ Toleranz in Religionsfragen ist wieder einmal ein Thema in der Türkei. Nachdem Ministerpräsident Erdoğan eine Karikatur einer dänischen Zeitung kritisierte, die den Propheten Mohammed zum Gegenstand hatte. Nun musste Turkish Airlines Kritik von Buddhisten einstecken. Auf den Lunchpaketen der Airlines war eine Buddha-Statue angedruckt, die sich nach einem Flugzeug der Turkish Airlines in der Luft umdrehte. Die Airlines zog diese Abbildung aus dem (Flug)Verkehr. Anstelle dessen sollte die Freiheitsstatue treten, die sich ebenfalls nach einem Flugzeug umdrehen sollte. Dies aber lehnte das amerikanische Konsulat ab. +++ Das Staatliche Institut für Statistik gab Auskunft zu den Lebenshaltungskosten in der Türkei. Demnach würden die Istanbuler 32,2% ihrer Einnahmen für Miete ausgeben. (30,8% Ankara und 29,2% Izmir). Während die Menschen in diesen drei Großstädten jeweils 20% ihrer Einnahmen für Lebensmittel ausgeben würden, müssen Menschen im Südosten in Mardin 47,3% und in Van 43,4% dafür aufbringen. +++ Eine Gruppe von ehemaligen Generälen, Journalisten, Wissenschaftlern und Journalisten wollen eine neue Partei gründen, um den Staat wieder „Ehre und Respekt“ zu verschaffen. Vorsitzender soll nach Zeitungsberichten der ehemalige General Tolon werden, der wegen seiner Kritik an den USA auf sich aufmerksam gemacht hatte. +++ Das Staatliche Institut für Statistik der Türkei hat auf einen wichtigen demographischen Wandel des Landes hingewiesen: In den letzten 15 Jahren hat sich der Anteil der unter 22 Jährigen um 10% verringert. Im Jahre 2010 soll die Reduzierung sogar 38% betragen. Das Amt geht nur noch von einem Bevölkerungswachstum für das Jahr 2010 von derzeit 72 Mio. auf 76,5 Mio. aus. +++ EUROSTAT hat für den Zeitraum Januar- August 2005 neue Handelszahlen vorgelegt. Für die EU ist die Türkei der 6. größte Absatzmarkt und auf der Rangliste der wichtigsten Importländer liegt das Land auf Platz 7. Im gleichen Zeitraum wurden die türkischen Exporte in die EU um 8% auf 21,4 Mrd. Euro ausgeweitet. Im Vergleich zum Vorjahr konnte das Handelsbilanzdefizit der Türkei mit der EU um 0,4 Mrd. auf nun 4,7 Mrd. abgebaut werden. +++

Ankara, den 29. November 2005

Frank Spengler